

Klausur Rechnungswesen

Vorbereitung auf die Steuerfachwirtprüfung 2014

Sachverhalt

- Klausurdatum: Berlin 07.11.2014
 Flensburg 13.11.2014
- Fachgebiet: Buchführung und Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht,
 Gesellschaftsrecht, Jahresabschlussanalyse
- Bearbeitungsdauer: 5 Stunden
- Hilfsmittel: Beck'sche Textsammlung Steuergesetze
 Beck'sche Textsammlung Steuerrichtlinien
 Beck'sche Textsammlung Steuererlasse
 BGB, HGB
 BGB, HGB
- Bearbeitungshinweis: Bitte kennzeichnen Sie die einzelnen Blätter der
 Aufgabenbearbeitung mit Vor- und Nachnamen. Bitte schreiben Sie
 leserlich und lassen Sie einen Korrekturrand von ca. 6 cm.

TEIL I Buchführung und Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht (75 Punkte)

1. Aufgabe

Allgemeine Angaben

- 1) Das im Handelsregister eingetragene Einzelunternehmen Karl Mayer betreibt in Wesel, Marktstr. 22, einen Handel- und Fabrikationsbetrieb. Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Das Unternehmen ermittelt dem Gesetz entsprechend sein Jahresergebnis durch Betriebsvermögensvergleich.
- 2) Die Umsätze werden nach den allgemeinen Bestimmungen des UStG versteuert.
- 3) Die Voraussetzungen zur Inanspruchnahme der Sonderabschreibung nach § 7 g EStG liegen nicht vor!

Sachverhalt 1

Im Januar 2014 ist eine Außenprüfung für die Jahre 2010 bis 2012 durchgeführt worden. Der Betriebsprüfer berichtete die Gewinnermittlungen der geprüften Jahre wegen folgender Feststellungen:

- a. Mayer setzt eine Maschinenpresse ein, die alle 4 Jahre einer aufwendigen Generalüberholung unterzogen werden muss. Die letzte Überholung hatte Ende Dezember 2009 stattgefunden. Mayer rechnete mit Kosten in Höhe von 30.000 Euro für die turnusgemäß Ende 2013 wieder fällige Überholung und hatte deshalb in den Jahren 2010, 2011 und 2012 jeweils 7.500 Euro einer Rückstellung zugeführt. Tatsächlich kostete die Ende Dezember 2013 durchgeführte Generalüberholung 31.000 Euro zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer. Mayer buchte den Betrag von 31.000 Euro aufwandswirksam und löste die Rückstellung in Höhe von 22.500 Euro ertragswirksam auf.
- b. Mayer hat am 01.01.2010 weitere Verkaufsräume in Schermbeck angemietet. Die monatliche Miete beträgt 2.000 Euro zzgl. 19% USt; der **unkündbare** Mietvertrag ist bis zum 31.12.2017 befristet. Da sich die Umsätze in diesen Räumen jedoch sehr schlecht entwickelten, hat Mayer diese Verkaufsräume zum 31.12.2010 wieder geschlossen. Die monatlichen Mietzahlungen in Höhe von 2.000 Euro und die darauf entfallende Umsatzsteuer in den Jahren 2010, 2011 und 2012 hat Mayer zutreffend als Betriebsausgabe bzw. als Vorsteuer erfasst. Weitere Buchungen sind nicht erfolgt.

- c. Mayer hatte zum 01.12.2012 das Einzelhandelsgeschäft seines Konkurrenten Fritz Schneider für 2.500.000 Euro erworben. Die Besitzposten des veräußerten Unternehmens betragen 2.000.000 Euro, die Schulden insgesamt 1.000.000 Euro. Mayer hat bei der Gewinnermittlung für das Wirtschaftsjahr 2012 den **Differenzbetrag** zwischen Kaufpreis und Besitzposten abzüglich Schulden in Höhe von 1.500.000 Euro als **Aufwand** erfasst.

In der Schlussbesprechung ist in allen Punkten Einigung erzielt worden. Das Finanzamt änderte entsprechend dem Betriebsprüfungsbericht die Steuerbescheide 2010 bis 2012.

Das Einzelunternehmen hat bisher die Berichtigungen durch den Prüfer in seiner Buchführung nicht erfasst.

Aufgabe zu Sachverhalt 1

1. Welche Auswirkungen werden sich durch die Feststellungen des Betriebsprüfers für die geprüften Zeiträume ergeben. Beurteilen Sie die o.a. Sachverhalte insoweit unter Hinweis auf die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsanweisungen. Soweit Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte bestehen, ist davon auszugehen, dass Mayer in den geprüften Zeiträumen jeweils Anträge stellen wird, die zum Ausweis des steuerlich niedrigstmöglichen Gewinns führen.
2. Nehmen Sie die ggf. erforderlichen Anpassungsbuchungen auf den 01.01.2013 vor.
3. Die sich aus den o.a. Sachverhalten ergebenden steuerlichen Gewinnänderungen sind jeweils für **2010**, **2011** und **2012** anzugeben.

Bearbeitungshinweise zu Sachverhalt 1

- Das Einzelunternehmen hat seinen Jahresabschluss zum **31.12.2013** erst vorläufig erstellt und stellt seit Jahren nur - soweit möglich - eine Einheitsbilanz auf. Weichen die steuerlichen Bilanzierungsvorschriften zwingend von den Bilanzierungsvorschriften des Handelsrechts ab, werden – zur Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage – Korrekturen außerhalb der Handelsbilanz vorgenommen.
- Die Veranlagungen für die Jahre 2010 bis 2012 können nach erfolgter Außenprüfung und den sich daraus ergebenden Berichtigungsveranlagungen nach den Vorschriften der Abgabenordnung **nicht** mehr berichtet werden.
- **Gewerbsteuerliche** Überlegungen sind **nicht** anzustellen.

Sachverhalt 2

Karl Mayer hat am 02.01.2013 mit der WEMA GmbH, Duisburg, einen Finanzierungsleasing-Vertrag mit Kaufoption für eine neue computergesteuerte Drehbank abgeschlossen. Der Leasingvertrag enthält u.a. folgende Vereinbarungen:

- Die beiderseits **unkündbare** Grundmietzeit läuft vom 01.01.2013 bis 31.12.2020.
- Der Leasingnehmer hat das Recht, die Drehbank nach Ablauf der Grundmietzeit zum Restwert in Höhe von 61.150 Euro zzgl. 19% USt zu erwerben.
- Die monatliche Leasingrate beträgt 10.000 Euro zzgl. 19% USt.
- Der Leasingnehmer entrichtet bis zum 05.01.2013 eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 32.000 Euro zzgl. 19% USt.

Die Anschaffungskosten der Drehbank betragen 550.000 Euro zzgl. 19% USt. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer lt. amtlicher AfA-Tabelle beträgt 9 Jahre.

Aufgabe zu Sachverhalt 2

1. Entscheiden und begründen Sie, **wem** die Drehbank bilanzsteuerrechtlich zuzuordnen ist.
2. Buchen Sie den o.a. Sachverhalt im Rahmen der laufenden Buchungen für 2013.
3. Nehmen Sie ggf. erforderliche Buchungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 vor.

Sachverhalt 3

Lt. notariellem Kaufvertrag vom 03.02.2013 erwarb Mayer – der Verkäufer hat nicht auf die Steuerbefreiung verzichtet - zwecks Errichtung eines neuen Gebäudes mit Verkaufs-, Büro- und Lagerräumen ein - an sein Betriebsgelände angrenzendes - bebautes Grundstück für 500.000 Euro. Vom Kaufpreis entfallen 80 % auf den Wert des Grund und Bodens. Auf dem Grundstück befand sich eine Werkhalle, die wirtschaftlich und technisch verbraucht war. Bereits Ende Februar 2013 wurde die alte Werkhalle abgerissen.

Der Abbruchunternehmer erteilte folgende Rechnung:

Abbrucharbeiten - pauschal -	80.000 Euro
zzgl. 19% USt	<u>15.200 Euro</u>
	95.200 Euro

Mayer hat im Zusammenhang mit dem Erwerb des Grundstücks folgende Aufwendungen getätigt:

➤ Notarkosten (Kaufvertrag) einschl. 19% USt	8.330 Euro
➤ Gerichtskosten (Auflassungsgebühren)	4.000 Euro
➤ Grunderwerbsteuer	17.500 Euro

Im April 2013 begann Mayer mit der Errichtung des neuen Gebäudes (Verkaufs-, Büro- und Lagerräume; Bauantrag v. 15.01.2013). Im Zusammenhang mit der Errichtung des Neubaus, der Anfang November 2013 fertig gestellt und in Betrieb genommen wurde, liegen folgende Angaben vor:

	<u>Herstellungskosten/Euro</u>	<u>Nutzungsdauer/Jahre</u>
Gebäude	800.000	33,1/3
Grün- und Außenanlagen	40.000	10
Personenaufzug (Verkaufsräume)	50.000	15
Lastenaufzug (Lagerräume)	90.000	4
Alarmanlage (Lagerräume)	20.000	12

Bisher wurde gebucht:

1. Grundstückserwerb

Grund und Boden	400.000				
Geschäftsbauten	100.000	an	Bank		500.000
Außerplanmäßige Abschreibung	100.000	an	Geschäftsbauten		100.000

2. Abbruchkosten

Sonst. betriebl. Aufwand	80.000				
Vorsteuer	15.200	an	Bank		95.200

3. Notariatskosten, Auflassungsgebühren, Grunderwerbsteuer

FSB GmbH / Steuerlehrgänge Dr. Bannas GmbH				
--	--	--	--	--

Sonst. betriebl. Aufwand	28.500			
Vorsteuer	1.330	an	Bank	29.830

4. Neubau

Anlagen im Bau	1.000.000			
Vorsteuer	190.000	an	Bank	1.190.000

Aufgabe zu Sachverhalt 3

1. Beurteilen Sie den o.a. Sachverhalt unter Hinweis auf die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsanweisungen. Mayer möchte den niedrigstmöglichen steuerlichen Gewinn für 2013 ausweisen.
2. Entwickeln Sie die jeweiligen Bilanzansätze zum 31.12.2013.
3. Nehmen Sie die ggf. erforderlichen Berichtigungs- und Ergänzungsbuchungen vor.
4. Die jeweilige Gewinnauswirkung für 2013 ist mit den einzelnen Beträgen unter Hinweis auf die betreffenden Erfolgskonten anzugeben.

Sachverhalt 4 a

Aus dem Betriebsabrechnungsbogen (BAB) für 2013 liegen folgende Zahlen vor:

	<u>Euro</u>
Materialgemeinkosten	181.500
Fertigungsgemeinkosten	3.900.000
Verwaltungsgemeinkosten	364.575
Vertriebsgemeinkosten	583.320

Aus der Buchhaltung liegen folgende Zahlen vor:

Materialverbrauch lt. Entnahmescheine	1.650.000
Fertigungslöhne	1.560.000

Bestand an unfertigen Arbeiten am 31.12.2012 **780.000**

Bewertung der unfertigen Arbeiten zum 31.12.2013:

Bisherige Materialeinzelkosten	140.000
Bisherige Fertigungslöhne	220.000

Aufgabe zu Sachverhalt 4 a

- a) Ermitteln Sie den **handelsrechtlich** und **steuerrechtlich** zulässigen Mindestansatz der unfertigen Arbeiten zum 31.12.2013.
- b) Buchen Sie die sich ggf. ergebende **steuerliche** Bestandsveränderung.
- c) Nennen Sie die sich daraus ergebende Gewinnauswirkung.

Sachverhalt 4 b

Zum 31.12.2013 befinden sich im Umlaufvermögen 250 Einheiten des **Warenpostens B**, die insgesamt mit den Anschaffungskosten in Höhe von 300.000 Euro bewertet sind. Der ursprüngliche Verkaufspreis betrug 450.000 Euro. Aufgrund starken Konkurrenzdrucks durch einen hartnäckigen Mitanbieter musste der Verkaufspreis nachweislich vom Bilanzstichtag bis zum Tag der Bilanzerstellung auf 1.440 Euro/Einheit gesenkt werden.

Aufgabe zu Sachverhalt 4b

Ermitteln Sie – unter Angabe der maßgeblichen Rechtsvorschriften - den niedrigsten zulässigen Wertansatz zum 31.12.2013 für den **Warenposten B** unter Beachtung der folgenden Daten:

- der nach dem Bilanzstichtag bis zum Verkauf des Warenpostens B noch anfallende betriebliche Aufwand beträgt 72.000 Euro,
- der durchschnittliche Unternehmergewinn in der Branche des Mayer beträgt 12,5 % vom erzielten Netto-Umsatzerlös.

2. Aufgabe

Sachverhalt 1

Zum 31.12.2013 liegen für die **X-GmbH** folgende Daten vor:

	<u>Euro</u>
Gezeichnetes Kapital	2.700.000
Gewinnrücklagen	540.000
Jahresüberschuss	620.000
Nachschüsse der Gesellschafter	200.000

Die Gesellschafterversammlung fasst im Mai 2014 folgenden Beschluss:

1. Die Geschäftsführung stellt 200.000 Euro in die **Gewinnrücklagen** ein.
2. Der Rest des Jahresüberschusses wird an die Gesellschafter **ausgeschüttet**.

Aufgabe zu Sachverhalt 1

- a) Stellen Sie das Eigenkapital **vor** Ergebnisverwendung dar.
- b) Stellen Sie das Eigenkapital **nach teilweiser** Ergebnisverwendung dar.
- c) Stellen Sie das Eigenkapital **nach vollständiger** Ergebnisverwendung im **Folgejahr** dar.

Sachverhalt 2

Die **X-GmbH** hat für ihren Kunden, die Kurt Raabe KG in Schermbeck, eine selbstschuldnerische Bürgschaft im Kalenderjahr 2012 in Höhe von 500.000 Euro übernommen und im Jahresabschluss 2012 unter den Haftungsverhältnissen vermerkt.

Noch im November 2013 gehen der X-GmbH verlässliche Informationen zu, dass die Kurt Raabe KG in ernste Schwierigkeiten gekommen ist. Tatsächlich wird am 15.02.2014 ein Insolvenzverfahren eröffnet. Es ist damit zu rechnen, dass die Regressforderung aus der Bürgschaft vollkommen ausfällt.

Die X-GmbH hat bisher aus diesem Sachverhalt noch keine Folgerungen gezogen.

Aufgabe zu Sachverhalt 2

- a) Nehmen Sie Stellung zum Ansatz und der Bewertung der Bürgschaftsverpflichtung.
- b) Nehmen Sie ggf. erforderliche Buchungen vor.

Auf einen Regressanspruch der X-GmbH ist nicht einzugehen.

TEIL II Gesellschaftsrecht (10 Punkte)

Sachverhalt

Max Plüsch und Moritz Plum – zwei zurzeit arbeitslose Datenverarbeitungskaufleute - beabsichtigen in Wesel ein eigenes Unternehmen zu gründen. Geplant ist, einen Internet-Shop zu etablieren, um für Comicsammler eine Tauschbörse zu installieren und parallel dazu einen Comicversand aufzubauen.

Max ist bereit 14.000 Euro in bar, die er von seiner Großmutter geerbt hat, zu investieren; Moritz kann maximal in bar 3.000 Euro aufbringen, da er das Erbe bereits weitgehend in seine Comicsammelleidenschaft investiert hat. Max und Moritz sind sich darüber einig, dass sie mit Rücksicht auf Ehefrauen und Kinder nicht mit ihrem gesamten privaten Vermögen haften möchten, sondern die Haftung, soweit es irgendwie geht, beschränken möchten.

Max ist wegen einer Umschulung z. Zt. stark beansprucht und möchte deshalb die Geschäftsführung nur dem Moritz überlassen.

Aufgabe

- a) Schildern Sie – stichwortartig – welche Unternehmensformen zwar **grundsätzlich** möglich sind, jedoch nennen Sie auch die Gründe, die jeweils auf Grund des o.a. Sachverhalts die Wahl ausschließen.
- b) Skizzieren Sie die wichtigsten Bestandteile des Gesellschaftsvertrages, falls sich Max und Moritz für die Rechtsform der GmbH entscheiden. (Im Gesellschaftsvertrag ist auf den Sachverhalt einzugehen!)
- c) Nehmen Sie kurz Stellung zu dem Problem, dass Moritz kurz vor Abschluss des Gesellschaftsvertrages den Betrag von 3.000 Euro nicht mehr in **bar** aufbringen kann, sondern vorschlägt, stattdessen seine private Comicsammlung in die GmbH einzubringen.

Auf die „Unternehmergesellschaft haftungsgeschränkt“ ist nicht einzugehen!

TEIL III Betriebswirtschaftslehre (15 Punkte)

a) Kosten- und Leistungsrechnung

Die Kosten- und Leistungsrechnung eines Großhandelsunternehmens weist für eine Warengruppe folgende Zahlen aus:

Rechnungsperiode	Absatz [Stck.]	Gesamtkosten [€]	variable Stückkosten (k_v)	Barverkaufs- Preis (p)
Oktober	20.000	700.000, 00	25,00	40,00
November	24.000	800.000,00	25,00	40,00

1. Berechnen Sie die variablen Gesamtkosten, die fixen Gesamtkosten und die fixen Stückkosten für die Monate Oktober und November.
2. Ermitteln Sie den Betriebsgewinn für die Monate Oktober und November.
3. Bestimmen Sie rechnerisch und grafisch (Skizze) die Gewinnschwelle (Break-even-Point) der Warengruppe.
4. Welche Auswirkung auf die Gewinnschwellenmenge hat eine Erhöhung der variablen Stückkosten auf 30,- €?
5. Eine geplante Investition verursacht zusätzliche fixe Kosten in Höhe von 40.000,- €. Wie viele Artikel müssen zusätzlich abgesetzt werden, um bei 25,- € variablen Stückkosten das Betriebsergebnis des Monats November zu halten?

b) Finanzierung

Rechnen Sie die folgende ordentliche Kapitalerhöhung durch:

Die Aktien der LOMEX AG, mit einem Nennwert von 50,- €, werden z.Zt. an der Börse mit einem Kurswert von 180,- € gehandelt. Die Hauptversammlung beschließt eine Kapitalerhöhung, mit der das bisherige Grundkapital von 30 Mio. € auf 40 Mio. € aufgestockt werden soll. Der Ausgabekurs der neuen Aktien soll 150,- € betragen. Die neuen Aktien sind bereits im ersten Jahr voll dividendenberechtigt sein.

- a) Berechnen Sie das Bezugsverhältnis und den rechnerischen Wert des Bezugsrechts.
- b) Welcher Betrag fließt der AG aus dem Verkauf der neuen Aktien zu, wenn 6,5 % vom Nennbetrag der Kapitalerhöhung als Emissionskosten zu berücksichtigen sind?
- c) Wie viele Bezugsrechte benötigt ein Aktionär, der 12.000 alte Aktien besitzt und 28.000 neue Aktien beziehen möchte?
- d) Was kostet dem Aktionär die Teilnahme an der beschriebenen Kapitalerhöhung?